

Politisches Programm der Kampagne für einen gemeinsamen demokratischen Staat im historischen Palästina

freehaifa.wordpress.com, 18.08.18

Vorwort

In den letzten Jahren ist die Idee eines gemeinsamen demokratischen Staates im historischen Palästina als beste Lösung des Konflikts wieder aufgekommen und hat in der Öffentlichkeit verstärkt an Unterstützung gewonnen. Es ist keine neue Idee. Die palästinensische Befreiungsbewegung, einschließlich der palästinensischen Befreiungsorganisation, hatte diese Idee angenommen, vor der Katastrophe von 1948 (Nakba) und danach. Die PLO gab diese Idee, im Rahmen der diplomatischen Verhandlungen Ende der achtziger Jahre, die zum Osloer Abkommen von 1993 führten, auf. Die palästinensische Führung hoffte, dass dieses Abkommen den Aufbau eines unabhängigen palästinensischen Staates in den 1967 von Israel besetzten Gebieten, ermöglichen würde. Doch Israel vertiefte seine koloniale Kontrolle und fragmentierte das Westjordanland, Ostjerusalem und Gaza in isolierte Kantone, die durch Siedlungen, Checkpoints, Militärstützpunkte und Zäune voneinander getrennt sind.

Die Zweistaaten-Lösung, die eindeutig eine unfaire Lösung darstellt, ist ganz offensichtlich tot. Israel begrub sie unter seiner kolonialen Siedlungspolitik in den Gebieten, die zum unabhängigen Staat Palästina hätten werden sollen. Israel hat ein repressives Regime eingeführt, das sich auf alle Palästinenser erstreckt, die im historischen Palästina leben, einschließlich derer mit israelischer Staatsbürgerschaft.

Angesichts dieser gefährlichen Entwicklungen und, was noch wichtiger ist, auf der Grundlage der Werte von Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie erklären wir, dass der einzige Weg zu Gerechtigkeit und dauerhaftem Frieden, die Abschaffung des kolonialen Apartheidregimes im historischen Palästina ist und die Schaffung eines neuen politischen Systems, das auf voller bürgerlicher Gleichheit und der vollständigen Umsetzung des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge beruht, sowie die Schaffung der erforderlichen Mechanismen, um die historische Ungerechtigkeit, die dem palästinensischen Volk, als Ergebnis des zionistischen kolonialistischen Projekts widerfahren sind, zu korrigieren.

Vor diesem Hintergrund initiierten zahlreiche Aktivisten und Gruppen, Palästinenser und Israelis, vor kurzem die Wiederbelebung der Einstaaten-Idee. Sie schlugen unterschiedliche Modelle eines solchen Staates vor, wie einen binationalen Staat, einen liberalen demokratischen Staat und einen sozialistischen Staat. Sie sind alle sich jedoch einig in ihrem Einsatz für die Errichtung eines gemeinsamen demokratischen Staates im gesamten historischen Palästina, als Alternative zu dem kolonialen Apartheidregime, das Israel dem Land vom Mittelmeer bis zum Jordan aufgezwungen hat. Ein ähnliches Regime wurde 1994 durch den gemeinsamen Kampf der schwarzen und weißen Südafrikaner unter der Führung des ANC gestürzt. Ziel dieses politischen Programms, wie es von der One Democratic State Campaign (ODSC) formuliert wurde, ist es, die Unterstützung für diese Lösung in der lokalen Bevölkerung, sowohl in der palästinensischen als auch in der israelischen, sowie in der internationalen Öffentlichkeit zu verstärken. Wir rufen all jene auf der ganzen Welt dazu auf, die für Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen, sich unserem Kampf gegen dieses Apartheidregime anzuschließen, ihn zu unterstützen und einen demokratischen Staat, ohne Besatzung und Kolonialismus zu errichten, der auf Gerechtigkeit und Gleichheit beruht und eine bessere Zukunft für die nächsten Generationen, sowie einen echten Frieden im gesamten historischen Palästina garantiert.

Das politische Programm

- 1. Eine gemeinsame konstitutionelle Demokratie.* Ein demokratischer Staat soll zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan als ein Staat gegründet, der allen seinen Bürgern, einschließlich der palästinensischen Flüchtlinge, gehört. Alle Bürger werden die gleiche Rechte, Freiheit und Sicherheit genießen. Der Staat soll eine konstitutionelle Demokratie sein, die Instanz die regiert und die Gesetze erlässt, die vom Willen des Volkes ausgehen. Alle Bürger sollen dieselben Rechte haben zu wählen, Kandidaten für jedes Amt aufzustellen und sich am Regieren des Landes zu beteiligen.
- 2. Recht auf Rückkehr, Wiederherstellung und Wiedereingliederung in die Gesellschaft.* Der gemeinsame demokratische Staat wird das Rückkehrrecht aller palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Nachkommen, die 1948 und danach vertrieben wurden vollständig umsetzen, unabhängig davon, ob sie im Ausland, oder derzeit im historischen Palästina leben, einschließlich derer mit israelischer Staatsbürgerschaft. Der Staat wird sie bei der Rückkehr in ihr Land und an die Orte, aus denen sie vertrieben wurden, unterstützen. Es wird ihnen helfen, ihr Leben wieder aufzubauen und sich wieder vollständig in die Gesellschaft, Wirtschaft und Politik des Landes einzugliedern. Der Staat wird alles in seiner Macht stehende tun, um den Flüchtlingen ihr privates und gemeinschaftliches Eigentum zurückzugeben und/oder sie zu entschädigen.
- 3. Individuelle Rechte.* Keine staatlichen Gesetze, Institutionen oder Praktiken dürfen ihre Bürger aufgrund ihrer ethnischen Identität, nationalen oder kulturellen Zugehörigkeit, oder aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer Ansicht, Eigentum oder sexueller Orientierung diskriminieren. Der Staat wird allen seinen Bürgern das Recht auf Freizügigkeit und das Recht, sich überall im Land aufzuhalten, gewährleisten. Der Staat wird allen Bürgern gleiche Rechte auf allen Ebenen und Institutionen garantieren und er wird freies Denken und Meinungsfreiheit garantieren. Neben der religiösen Eheschließung wird der Staat auch die standesamtliche Trauung anbieten.
- 4. Kollektive Rechte.* Im Rahmen eines gemeinsamen demokratischen Staates wird die Verfassung auch die Grundrechte sowie die Verbandsfreiheit schützen, unabhängig davon ob diese national, ethnisch, religiös, klassen- oder geschlechtsspezifisch sind. Verfassungsrechtliche Garantien werden dafür sorgen, dass sich alle Sprachen, Kunst und Kulturen frei entfalten können. Keine Gruppe oder Kollektiv wird irgendwelche Privilegien haben, noch wird eine Gruppe oder ein Kollektiv irgendeine Kontrolle oder Herrschaft über andere haben. Die Verfassung wird dem Parlament die Befugnis verweigern, Gesetze zu erlassen, die eine Gemeinschaft diskriminieren, sei es auf ethnischer, nationaler, religiöser, kultureller Basis, oder klassenbedingt.
- 5. Normale Verfahren zur Erlangung der Staatsbürgerschaft* werden auf diejenigen ausgeweitet, die in das Land einwandern möchten.
- 6. Der Staat soll eine lebendige Zivilgesellschaft fördern, die aus gemeinsamen zivilen Institutionen, insbesondere aus den Bereichen Bildung, Kultur und Wirtschaft, besteht.*
- 7. Wirtschaft und wirtschaftliche Gerechtigkeit.* Unser Ziel ist es, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit zu erreichen. Die Wirtschaftspolitik muss die jahrzehntelange Ausbeutung und Diskriminierung bewältigen, die tiefe sozioökonomische Unterschiede zwischen den im Land lebenden Menschen verursacht haben. Die Einkommensverteilung in Israel/Palästina ist ungleicher als in jedem anderen Land der Welt. Ein Staat, der Gerechtigkeit schaffen will, muss eine gestaltende und langfristige Wirtschaftspolitik der Umverteilung entwickeln, um sicherzustellen, dass alle Bürger gleiche Chancen auf Bildung, produktive Beschäftigung, wirtschaftliche Sicherheit und einen würdigen Lebensstandard haben.
- 8. Verpflichtung für Menschenrechte, Gerechtigkeit und Frieden.* Der Staat hält sich an internationales Recht und bemüht sich um friedliche Lösungen von Konflikten durch Verhandlungen und gemeinsame Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen.

9. *Unsere Rolle in der Region.* Die ODS-Kampagne wird sich allen fortschrittlichen Kräften in der arabischen Welt anschließen, die für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und egalitäre Gesellschaften ohne Gewalt- und Fremdherrschaft kämpfen. Der Staat strebt Demokratie und Freiheit im Nahen Osten an, damit die Rechte der Völker und Bürger der Region gewährleistet werden können und die zahlreichen Gemeinschaften, Religionen, Traditionen und Weltanschauungen respektiert werden.

10. *Internationale Verantwortung.* Die ODS-Kampagne versteht sich auf globaler Ebene als Teil der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte, die eine alternative Weltordnung anstreben, die pluralistisch und nachhaltig, sowie gerecht, egalitär und humanistisch sein soll und frei von Ausbeutung, Rassismus, Intoleranz, Unterdrückung, Kriegen, Kolonialismus und Imperialismus. Diese neue Weltordnung wird sich auf die Menschenwürde stützen und die Achtung der Rechte der Menschen auf Freiheit und gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie eine gesunde und nachhaltige Umwelt schaffen.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

freehaifa.wordpress.com/2018/08/16/the-political-program-of-the-campaign-for-one-democratic-state-in-historic-palestine